



Die Gewerkschaften haben zur Bundestagswahl im Herbst diesen Jahres die Renten im Blick. Sie fordern ein Einkommen, das den gewohnten Lebensstandard auch im Alter sichert. BILD: SK-ARCHIV

Alter ohne Armut

Hallo Berlin: Rund 10 000 Senioren leben in Singen und es werden mehr. Die Sorge vor Altersarmut treibt viele davon um

VON MATTHIAS BIEHLER

Singen – Man mag denken, das Thema Renten betrifft nur ältere Menschen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kommt zu einer anderen Erkenntnis. „Die Rente geht uns alle an“, betont der DGB-Kreisvorsitzende Klaus Mühlherr. Er hat den IG-Metall-Rentenexperten Hans-Jürgen Urban eingeladen, um im Blick auf die anstehende Bundestagswahl das Thema Rentengerechtigkeit auf die Agenda zu setzen. Rund 50 Gewerkschafter aus dem Hegau haben sich mit ihm in der Singener Gems getroffen, um auszutreten, was gerecht ist – und was nicht. Denn die Gewerkschaften sehen dringenden Handlungsbedarf in der Rentenpolitik und fordern einen zeitnahen Kurswechsel. „Statt den Sinkflug bei der Rente fortzusetzen, müssen wir das gesetzliche Rentenniveau stabilisieren“, betont Urban. Dass er mit dieser Forderung nicht allein steht, habe eine Mitgliederbefragung der IG Metall, ergeben: „85 Prozent der 680 000 Befragten haben angegeben, dass sie auch bereit wären für eine bessere Absicherung mehr auszugeben“, so Urban. Und das habe gar nichts mit dem Alter zu tun. Während das Rentenniveau noch vor Kurzem auf 53 Prozent lag, ist es mittlerweile auf 48 Prozent gesunken. Wer 2030 die Rente erreicht, muss mit 44 Prozent rechnen. Das wirke sich nach 40 Arbeitsjahren spürbar aus, haben die Gewerkschafter berechnet: Für einen Mitarbeiter, der 40 Jahre lang durchschnittlich 2500 Euro verdient, mache das 100 Euro mehr oder auch weniger im Monat. Und wer jünger ist, kann noch spitzer kalkulieren. Drei Forderungen stellen die Arbeitnehmervertreter deshalb an die künftige

Zur Serie

Anlass für die Serie „Hallo Berlin“ ist die Bundestagswahl im September. Dabei werden zwei Perspektiven angenommen: Wie bestimmt die Bundespolitik die Lebenswirklichkeit im Hegau und – umgekehrt – welche Erwartungen haben die Menschen in der Region an die Politik. Basis für den heutigen Serienbeitrag bildet Initiative des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die Zukunft der Rente so zu sichern, dass Altersarmut gebannt werden kann.



Raoul Ulbrich und Hans-Jürgen Urban von der IG Metall mit Klaus Mühlherr (DGB).

ge Berliner Regierung: Die Absenkung des Rentenniveaus müsse gestoppt, die Rente an die Lohnentwicklung angeknüpft und langfristig das Niveau wieder angehoben werden. Denn die gesetzliche Rente solle wesentlicher Teil des Einkommens im Alter bleiben. „Außerdem ist eine gut finanzierte gesetzliche Rente verlässlicher und sicherer als jede private Vorsorge“, betont Urban. Das Misstrauen gegenüber den Privaten sei groß. „Private Vorsorge kann nicht der Lückenbüßer für politisch gerissene Lücken in der gesetzlichen Rente sein – und darf von der Politik nicht dazu gemacht werden“, betont Singens IG Metall-Geschäftsführer Raoul Ulbrich. Die notwendige Finanzierung ruhe auf mehreren Elementen: Erstens solle den Versicherungsträgern erlaubt werden, eine monetäre Demografiereise zu bilden. Zweitens gehe es darum, versicherungsfremde Leistungen wie Mütterrente und Ost-West-Anpassung aus anderen Töpfen zu finanzieren und drittens sollten für den Aufbau einer solidarischen Alterssicherung, wie in Österreich bereits seit über zehn Jahren, alle Erwerbstätigen in die Rentenversicherung aufgenommen werden – also auch Beamte und Selbstständige. Immerhin in einem Punkt gibt es da Schnittmengen mit der Arbeitgeberseite. „Im Handwerk ist das Thema Altersvorsorge vor allem bei Selbstständigen

in nicht-meisterpflichtigen Gewerken wichtig“, gibt Handwerkskammerpräsident Gotthard Reiner zu verstehen. In meisterpflichtigen Berufen bestehe zwar eine Rentenversicherungspflicht, nicht aber in den zulassungsfreien Branchen. Wie die Gewerkschafter plädieren auch Kammern für eine Altersvorsorgepflicht. „Allerdings sollten die Betroffenen wählen dürfen, ob gesetzlich oder privat, wie etwa bei den Versorgungswerken des Handwerks“, betont Reiner. Auf das Zwei-Säulen-Modell beim Thema Altersvorsorge will er nicht verzichten. „Nur so kann trotz des demografischen Wandels die Alterssicherung stabil gehalten werden“, ist Reiner überzeugt. Durch die paritätische Beitragsverteilung würden bei jeder Erhöhung Unternehmen belastet. „Die private Säule ist aus unserer Sicht nicht mehr wegzudenken.“ Verstärkt werden sollte die betriebliche Altersvorsorge durch finanzielle Anreize und einen Abbau bürokratischer Hürden. Ein Schritt in die richtige Richtung sei das Betriebsrentenstärkungsgesetz – nicht zuletzt für Geringverdiener. Arbeitgeber könnten dadurch steuerlich geltend machen, wenn sie bis zu 480 Euro im Jahr für beschäftigte Geringverdiener in die betriebliche Altersvorsorge einzahlen.

Kommentar, Seite 18